

1 Steuern

1.1 Bundesfinanzhof

1.2 Finanzgerichte

1.3 Finanzverwaltung

1.4 Weitere Meldungen

2 Recht

2.1 Arbeit und Soziales

2.2 Wirtschaftsrecht

2.3 Zivilrecht

2.4 Sonstiges Recht

3 Wirtschaft

3.1 Branchen

3.2 Unternehmen

1 Steuern

1.1 Bundesfinanzhof

Einkommensteuer/Lohnsteuer

Aufwendungen für die Sanierung eines Gebäudes als außergewöhnliche Belastung

Bundesfinanzhof, [VI-R-21/11](#), Pressemitteilung vom 13.06.2012

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Urteilen vom 29. März 2012 [VI R 21/11](#), [VI R 70/10](#) und [VI R 47/10](#) entschieden, dass Aufwendungen für die Sanierung eines selbst genutzten Wohngebäudes, nicht aber die Kosten für übliche Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen oder die Beseitigung von Baumängeln, als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig sein können.

Erbschaft-/Schenkungsteuer

Berechnung des Zehnjahreszeitraums des § 14 Abs. 1 Satz 1 ErbStG

Bundesfinanzhof, [II-R-43/11](#), Urteil vom 28.03.2012

1. Der für die Berücksichtigung von Vorerwerben maßgebliche Zehnjahreszeitraum des § 14 Abs. 1 Satz 1 ErbStG ist rückwärts zu berechnen. Dabei ist der Tag des letzten Erwerbs mitzuzählen.
 2. Bei der Berechnung des Zehnjahreszeitraums des § 14 Abs. 1 Satz 1 ErbStG ist § 108 Abs. 3 AO nicht anzuwenden.
-

Sonstiges Steuerrecht

Änderung im Gesellschafterbestand einer grundbesitzenden Personengesellschaft

Bundesfinanzhof, II-R-57/09, Urteil vom 29.02.2012

1. Die Übertragung von mindestens 95 % der Anteile an einer grundbesitzenden Personengesellschaft ist auch dann nach § 1 Abs. 2a GrEStG steuerbar, wenn der (Alt-)Gesellschafter nach der Übertragung der Anteile weiter mittelbar im vollen Umfang an der grundbesitzenden Personengesellschaft beteiligt bleibt.
2. Die nach § 1 Abs. 2a GrEStG entstandene Grunderwerbsteuer wird nach § 6 Abs. 3 Satz 1 i.V.m. Abs. 1 Satz 1 GrEStG insgesamt nicht erhoben, wenn der teils unmittelbar, teils mittelbar über eine Kapitalgesellschaft beteiligte Gesellschafter der grundbesitzenden Personengesellschaft seine Anteile auf eine andere Personengesellschaft überträgt und er an dieser --zwischen--geschalteten Personengesellschaft unmittelbar allein beteiligt ist.

Umsatzsteuer

Kein ermäßigter Steuersatz für gemeinnützige Körperschaften

Bundesfinanzhof, V-R-14/11, Pressemitteilung vom 13.06.2012

Mit Urteil vom 8. März 2012 V R 14/11 hat der Bundesfinanzhof (BFH) entschieden, dass eine gemeinnützige Körperschaft, die Seminare steuerfrei veranstaltet, für die Beherbergung und Beköstigung von Seminarteilnehmern nicht den ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7 % in Anspruch nehmen kann.

1.2 Finanzgerichte

Einkommensteuer/Lohnsteuer

Zahlungen im Rahmen einer Kapitalabfindung aus einer berufsständischen Versorgungseinrichtung als steuerbare sonstige Einkünfte i. S von § 22 EStG

Finanzgericht Düsseldorf, 15-K-1556/11, Urteil vom 18.01.2012

1. Eine im Jahr 2009 ausgezahlte Teilkapitalabfindung eines berufsständischen Versorgungswerks für Beitragsleistungen bis zum 31.12.2004 ist als "andere Leistung" i.S. von § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchst. a Doppelbuchst. aa EStG i.d.F. des AlteinkG anzusehen, die mit einem Anteil von 58 v. H. der nachgelagerten Besteuerung zu unterwerfen ist.
 2. "Andere Leistungen" i.S. von § 22 Nr. 1 Satz 3 EStG müssen nicht wiederkehrend sein.
 3. Die unechte Rückwirkung des AlteinkG auf vor dem 1. Januar 2005 abgeschlossene Verträge ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden.
 4. Eine unzulässige Doppelbesteuerung liegt erst vor, wenn die Rentenversicherungsbeiträge aus versteuertem Einkommen die steuerfreien Renteneinkünfte übersteigen.
 5. Eine Tarifbegünstigung der Teilkapitalabfindung nach § 34 Abs. 1 und 2 EStG kommt nicht in Betracht.
-

Sonstiges Steuerrecht

Grundstückserwerb vom früheren Ehegatten ist nur dann nicht grunderwerbsteuerpflichtig, wenn die Scheidung Anlass für die Vermögensübertragung war

Hessisches Finanzgericht, 5-K-2338/08, Pressemitteilung vom 11.06.2012

Überträgt ein geschiedener Ehegatte seinen hälftigen Miteigentumsanteil an einem Grundstück auf seinen ehemaligen Ehepartner, fällt nur dann keine Grunderwerbsteuer an, wenn Anlass für die Vermögensübertragung die Scheidung und nicht andere Gründe waren. Das hat das Hessische Finanzgericht entschieden (Az. 5 K 2338/08).

Umsatzsteuer

Frage der Steuerbarkeit bzw. Steuerbefreiung der entgeltlichen Zurverfügungstellung eines Grundstücks für Ausgleichsmaßnahmen

Finanzgericht Münster, 5-K-3805/09, Urteil vom 29.03.2012

1. Ein steuerbarer Leistungsaustausch kann aber auch bei Zahlungen aus öffentlichen Kassen vorliegen, wenn die Zahlungen erfolgen, um von dem Zahlungsempfänger bestimmte in einem gegenseitigen Vertrag vereinbarte Leistungen zu erhalten. Der Stpfl. erhält vorliegend die Zahlungen als Vergütung für die Zurverfügungstellung des Grundstücks.
2. Eine Grundstücksvermietung bzw. -verpachtung i.S.d. UStG ist in diesem Fall nicht gegeben, denn die Gemeinde hat das Grundstück nicht so in Besitz genommen, als ob sie dessen Eigentümer wäre; zudem konnte sie auch nicht jede andere Person von der Nutzung des Grundstücks ausschließen.

1.3 Finanzverwaltung

Rechnungslegung

E-Bilanz - Verfahrensgrundsätze zur Aktualisierung der Taxonomien

Bundesministerium der Finanzen, IV C 6 - S-2133b / 11 / 10016, Schreiben vom 05.06.2012

Nach Rn. 28 und 29 des BMF-Schreibens IV C 6 - S-2133-b / 11 / 10016 vom 05.06.2012

wird die Taxonomie regelmäßig auf notwendige Aktualisierungen geprüft. Nach Veröffentlichung einer aktuelleren Taxonomie ist diese unter Angabe des Versionsdatums zu verwenden. Mit jeder Version bleibt sichergestellt, dass eine Übermittlung auch für frühere Wirtschaftsjahre möglich ist. Eine Taxonomie ist solange zu verwenden, bis eine aktualisierte Taxonomie veröffentlicht wird.

Umsatzsteuer

Umsatzsteuerrechtliche Behandlung von Erschließungsmaßnahmen

Bundesministerium der Finanzen, IV D 2 - S-7300 / 07 / 10001, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 07.06.2012

Das BMF hat sich in seinem Schreiben vom 7. Juni 2012 zur umsatzsteuerrechtlichen Behandlung von Erschließungsmaßnahmen durch Gemeinden oder eingeschaltete Erschließungsträger geäußert.

1.4 Weitere Meldungen

Gewerbsteuer

Hinzurechnung von Lagergebühren bei der Gewerbesteuer

Deubner Verlag, Anmerkung vom 12.06.2012

Die Finanzverwaltung hat die Frage beantwortet, ob die Grundsätze für Miet- und Pachtzinsen auch auf Lagergebühren anzuwenden sind.

2 Recht

2.1 Arbeit und Soziales

Arbeit/Soziales

Entsandte Arbeitnehmer bzw. Saisonarbeiter erhalten Kindergeld in Deutschland

Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften, [C-611/10](#), Pressemitteilung vom 12.06.2012

Das Unionsrecht hindert einen Mitgliedstaat nicht daran, entsandten Arbeitnehmern oder Saisonarbeitnehmern, für die er dem Grundsatz nach nicht zuständig ist, Familienleistungen zu gewähren.

2.2 Wirtschaftsrecht

Finanzdienstleistungen

Bank hat keine Aufklärungspflicht hinsichtlich einer im Kaufpreis einer Immobilie enthaltenen Innenprovision

Bundesgerichtshof, [XI-ZR-149/11](#), Pressemitteilung vom 06.06.2012

Der u. a. für das Bankrecht zuständige XI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat auf die Revisionen einer Bank in acht Parallelfällen entschieden, dass Anleger nicht arglistig über die Höhe der Vertriebsprovision getäuscht werden, wenn in dem Verkaufsprospekt angegeben wird, vom Gesamtaufwand entfielen für den Erwerb einer Immobilie 76,70 % auf "Grundstück, Gebäude incl. Vertrieb und Marketing" und darin eine Vertriebsprovision in Höhe von 18,24 % eingepreist ist. Die den Erwerb finanzierende Bank traf deshalb insofern keine Aufklärungspflicht unter dem Gesichtspunkt eines Wissensvorsprungs.

2.3 Zivilrecht

Miet-/Immobilienrecht

Bundesgerichtshof entscheidet zum Kündigungsschutz von Studentenzimmern

Bundesgerichtshof, [VIII-ZR-92/11](#), Pressemitteilung vom 13.06.2012

Der Bundesgerichtshof hat am 13. Juni 2012 eine Entscheidung dazu getroffen, wann ein Gebäude als Studentenwohnheim im Sinne des § 549 Abs. 3 BGB zu qualifizieren ist, für das der soziale Kündigungsschutz des § 573 BGB nicht eingreift.

2.4 Sonstiges Recht

Sonstiges Recht

Berechnungsmethode der Bundesnetzagentur zur Ermittlung der Anlagenkosten der Gas- und Stromnetzbetreiber unzutreffend

Oberlandesgericht Düsseldorf, Pressemitteilung vom 06.06.2012

Der 3. Kartellsenat des Oberlandesgerichts hat am 6. Juni 2012 in 19 Pilot-Beschwerdeverfahren entschieden, dass die Berechnungsmethode der Bundesnetzagentur zur Ermittlung der Anlagenkosten unzutreffend ist, und die Bescheide der Bundesnetzagentur daher aufgehoben.

Sonstiges Recht

Regierung will wohnungsrechtliche Vorschriften ändern

Deutscher Bundestag, Pressemitteilung vom 06.06.2012

Die Bundesregierung hat einen Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung wohnungsrechtlicher Vorschriften (17/9851) vorgelegt.

Sonstiges Recht

Kein Kita-Platz: Stadt muss Kosten für Privatbetreuung ersetzen

Verwaltungsgericht Mainz, [1-K-981/11](#), Pressemitteilung vom 12.06.2012

Die Stadt Mainz konnte einer Frau für ihre Tochter nicht schon ab deren vollendeten zweiten Lebensjahr einen städtischen Kindergartenplatz zur Verfügung stellen. Hierzu war sie erst sechs Monate später in der Lage, sodass die Frau ihr Kind in der Zwischenzeit in einer privaten Betreuungseinrichtung unterbringen musste. Die Richter der 1. Kammer des Verwaltungsgerichts Mainz haben mit Urteil vom 10.05.2012 die beklagte Stadt Mainz verpflichtet, der Frau und ihrer Tochter die Kosten für diese Unterbringung in Höhe von 2.187,77 Euro zu ersetzen.
